



Kai Seefried

Mitglied des Niedersächsischen Landtages
CDU-Fraktion

Wahlkreisbüro Assel
Am Asseler Fleet 31
21706 Drochtersen
Tel: 04148/ 610479
Fax: 04148/ 616360
Email: mail@kai-seefried.de

Wahlkreisbüro Stade
Am Hinterdeich 4
21680 Stade
Tel: 04141/ 5186-11

Internet
www.kai-seefried.de

Rede im Niedersächsischen Landtag zum Kultushaushalt 2014 – erster Teil. Nach der Rede der Ministerin folgt eine Erwiderung. Auszug aus dem stenografischen Bericht der 23. Sitzung des Niedersächsischen Landtages am 11. Dezember 2013

Kai Seefried (CDU):

Sehr geehrter Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Der erste Kultushaushalt der neuen rot-grünen Landesregierung, der erste eigene Haushalt, hätte Ihnen die Möglichkeit geboten, endlich zu zeigen, was Sie alles im Wahlkampf versprochen haben.

In einigen Bereichen ist dieser Haushalt eine konsequente Fortsetzung unserer Politik. So bleiben Erfolge aus unserer Regierungsverantwortung wie die Verkleinerung der Klassengrößen, das beitragsfreie dritte Kindergartenjahr, die umfangreichen Maßnahmen zur Sprachförderung und die Förderung der Gedenkstättenarbeit. Dies alles sind Maßnahmen, die wir auch zukünftig unterstützen werden. Ansonsten bleibt der Haushalt jedoch weit hinter allen Ankündigungen und allen Erwartungen zurück. Im Gegenteil: Sie stellen die Weichen in die vollkommen falsche Richtung und nutzen den Kultusetat zum Sparen für Ihren Gesamthaushalt.

(Beifall bei der CDU - Anja Piel [GRÜNE]: Herr Seefried hat es immer noch nicht verstanden!)

Was wurde im Wahlkampf nicht alles angekündigt! Alle Ressourcen sollten im Bildungssystem bleiben, die Schule sollte entlastet werden, in der frühkindlichen Bildung hieß es „Qualität statt Quantität“, die Volksinitiative Kita wurde laut und deutlich unterstützt, und die dritte Kraft in der Krippe wurde angekündigt, kleinere Klassen, kleinere Gruppen in den Kitas, einfach - wie ich es heute schon mehrfach gehört habe - ein gerechteres Bildungssystem. Eine Ministerin und die Abgeordneten von SPD und Grünen sprechen in jeder Re-de vollmundig von dem neuen politischen Schwerpunkt „Bildung“

(Johanne Modder [SPD]: Jawohl!)

und werden auch nicht müde, von einer der größten Zukunftsoffensiven in der Geschichte unseres Landes zu sprechen.

(Beifall bei der SPD - Johanne Modder [SPD]: Jawohl! - Petra Tiemann [SPD]: Das hat er gut erkannt!)

Dann wollen wir Sie einmal mit der Realität konfrontieren. Anscheinend gibt es nämlich bei all diesen Versprechungen und Ankündigungen ein Problem. Es gibt das Problem, dass die Menschen das nicht verstehen. Die Menschen verstehen nicht den guten Willen von Rot-Grün, sie zeigen keine Dankbarkeit für diese große Zukunftsoffensive, sondern sie demonstrieren zu Tausenden auf den Straßen dieses Landes gegen Ihre Politik.

(Beifall bei der CDU)

Es ist die Frage: Verstehen die Menschen nicht die neue Form dieser Politik, die neue Kultur des Dialoges oder, wie es die Ministerin bei der Haushaltseinbringung bezeichnete, den neuen Stempel rot-grüner Bildungspolitik? - Oh doch, sie verstehen es. Sie verstehen es viel besser, als diese neue Regierung erwartet hätte. Die Lehrerinnen und Lehrer, die Schülerinnen und Schüler, die Eltern, die Menschen in Niedersachsen haben die unglaublichen Aussagen von Rot-Grün bereits lange entlarvt, und zu Recht demonstrieren sie gegen diese Politik der Einsparungen in der Bildung.

(Beifall bei der CDU)

Jetzt haben Sie die Verantwortung und könnten zeigen, wie Sie etwas verbessern wollen. Sie haben eine solide Haushaltsbasis und die besten Steuereinnahmen in der Geschichte unseres Landes, wobei das alles in der Vergangenheit bei Ihnen ohnehin nichts galt. Bildung durfte ja noch nie finanzpolitisch diskutiert werden.

Was haben wir seit dem Regierungswechsel erlebt? - Eine kurze Chaosübersicht:

Der breite politische Konsens zur Umsetzung der Inklusion wird verlassen und mit Ankündigungen von SPD und Grünen zur Abschaffung weiterer Förderschulen eine erhebliche Verunsicherung geschaffen. Bei Stellenkürzungen erleben wir Verschiebungen zulasten der Gymnasien und zugunsten der Gesamtschulen. An jedem Gymnasium werden vermutlich zum nächsten Schuljahr drei bis sechs Lehrkräfte fehlen.

Überhaupt erleben wir eine Politik, die nicht das gesamte Bildungssystem im Blick hat, die sich feindlich zu den Gymnasien richtet, Oberschulen vernachlässigt und KGSen gar nicht berücksichtigt.

(Beifall bei der CDU - Zustimmung von Christian Grascha [FDP])

Der ProReKo-Prozess zur Weiterbildung an unseren berufsbildenden Schulen steht still, und vom neuen Schwerpunkt berufliche Bildung ist nichts zu spüren. Es gibt kein Gesamtkonzept für das Abitur, nur einen Schnellschuss für G 9 an den Integrierten Gesamtschulen. Die Gymnasien haben nun wirklich nichts von Ihnen zu befürchten, hat der heutige Ministerpräsident Stephan Weil im Wahlkampf gesagt. Die Wirklichkeit sieht heute anders aus: Stück für Stück wird das Gymnasium demontiert.

(Beifall bei der CDU)

Es bleibt festzustellen: Die neue Kultusministerin Frauke Heiligenstadt hat in wenigen Monaten Ärger auf allen Ebenen ihres Ressorts ausgelöst. Wir erleben eine Chaospolitik.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

An vielen Beispielen lässt sich der Unterschied zwischen Anspruch und Wirklichkeit deutlich machen. Im Bereich der frühkindlichen Bildung gab es von Ihnen in den vergangenen Jahren nur Kritik. Der Krippenausbau ging nicht schnell genug voran, und Sie malten schwarze Bilder, dass Niedersachsen den Rechtsanspruch nicht erfüllen wird. Sie haben unser Land in den letzten Jahren und hin zum Wahlkampf systematisch schlechtgeredet. Daneben wurden Sie nicht müde, immer wieder zu fordern: Qualität vor Quantität.

Der SPD-Landesvorsitzende Stephan Weil schrieb in einem Brief an die Kita-Volksinitiative u. a.:

„Eine SPD-Landesregierung wird deshalb ein Konzept zur Aus- und Weiterbildung der Erzieherinnen und Erzieher vorlegen, den Personalschlüssel in Krippen verbessern und Kita-Gruppengrößen für Kinder von drei bis sechs Jahren reduzieren.“

Für die Grünen schrieben Anja Piel und Jan Haude an die Kita-Volksinitiative:

„Wir wollen in einem ersten Schritt den Personalschlüssel dahin gehend ändern, dass für fünf unter dreijährige Kinder eine Erzieherin zur Verfügung steht.“ Auch von einem Bildungsfinanzierungskonzept ist dort die Rede.

Frauke Heiligenstadt wird in einer Langenhagener Zeitung zitiert:

„Nach einem Regierungswechsel am 20. Januar 2013 werden wir deutliche Veränderungen vornehmen.“ Weiter heißt es in dem Artikel, der Personal-schlüssel solle verbessert und auf maximal fünf Kinder pro Erzieherin und Erzieher gesenkt werden.

Wie sieht aktuell die Realität aus?

(Adrian Mohr [CDU]: Nichts ist!)

Zunächst das Entscheidende: Der zugesagte Rechtsanspruch wurde erfüllt. Mich wundern sehr die lobenden Worte unserer neuen Kultusministerin zu diesem Erfolg, der dann plötzlich ihr Erfolg sein sollte.

Aber wo finden wir jetzt Ihre Forderungen und Ankündigungen im Haushalt wieder? - Sie hatten doch bereits im Jahr 2008 einen eigenen Gesetz-entwurf zur Verbesserung der Qualität in Tageseinrichtungen für Kinder in den Landtag eingebracht. Die Konzepte müssten also lange fertig sein.

In der Plenardebatte machten Sie damals, am 11. Dezember 2008, hier im Landtag deutlich, man müsse die Einrichtungen mit dem entsprechenden Personal ausstatten. Im Protokoll stehen dann Beifall bei der SPD und der Zwischenruf von Johanne Modder: „Jawohl!“

Sie, Frau Heiligenstadt, sagten danach in unsere Richtung:

„Aber bei dieser Thematik drücken Sie sich und machen sich einen schlanken Fuß.“

Daraufhin laut Protokoll ein Zwischenruf von Heinz Rolfes:

„Was habt ihr denn die ganze Zeit gemacht?“

Ich finde, dieser Zwischenruf von meinem geschätzten Kollegen Heinz Rolfes ist heute aktueller denn je.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Wir zeigen Ihnen heute mit unseren Haushaltsvorschlägen den Weg für mehr Qualität statt Quantität. Sie haben im Haushalt 2014 zusätzliches Geld für die Errichtung neuer Krippenplätze vorgesehen. Dabei stehen derzeit noch rund 20 Millionen Euro, auch aus Landesmitteln, zur Verfügung, und die Antragslage ist nahezu null. Es stehen also ausreichend finanzielle Mittel für weitere Krippenplätze auch im Jahr 2014 zur Verfügung. Wir schlagen daher vor, diese Mittel für ein neues Landespro-gramm zur Qualitätssteigerung im Bereich der frühkindlichen Bildung umzuwandeln und eine Anreizfinanzierung für eine dritte Kraft aufzunehmen. Hierfür sollen 6,5 Millionen Euro investiert werden.

(Beifall bei der CDU)

Auch der Haushalt 2014 macht deutlich: Sie haben kein Konzept für Ihre zukünftige Bildungspolitik, und Sie haben vor allem kein Konzept, um Ihre jetzigen Pläne zu finanzieren. Da ist es vielleicht das Einfachste, die Lehrerinnen und Lehrer selbst für Ihre Versprechungen heranzuziehen. Eine Un-terrichtsstunde sollen Gymnasialkräfte pro Woche mehr arbeiten, und die ausdrücklichen Zusagen von der SPD-Kultusministerin

Jürgens-Pieper für eine Altersermäßigung sollen ausgesetzt werden. Jürgens-Pieper hat eigens eine solche Arbeitszeit-erhöhung für den Zeitraum der Rückerstattung bis zum Jahr 2023 an Gymnasien ausgeschlossen. Man kann auch sagen: Die Roten haben es ihnen gegeben, und die Roten haben es ihnen wieder genommen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Es ist einfach unfair, zu behaupten, unsere Lehrerinnen und Lehrer arbeiten im Ländervergleich weniger als andere. Sie wissen, dass dies nicht richtig und die einfache Unterrichtsverpflichtung aufgrund verschiedener Rahmenbedingungen mit Anrechnungs- und Entlastungsstunden nicht vergleichbar ist. Sie wollen dies auch gar nicht erst sachlich diskutieren. In unserem Antrag „So nicht, Rot-Grün“ hatten wir die Landesregierung und die Mehrheitsfraktionen aufgefordert, eine neue empirisch belegbare wissenschaftliche Arbeitszeituntersuchung über die tatsächliche Arbeitszeit durchzuführen. Sie lehnen das ab, Sie wollen diese Debatte einfach nicht.

Also machen die Schulen es selbst wie z. B. die KGS in Neustadt, die in der letzten Woche ihre Aktion „Gläserne Schule“ vorgestellt hat. 14 Tage lang wurde hier die Arbeitszeit von Lehrkräften minutengenau protokolliert. Bei einem Gymnasiallehrer mit einer Unterrichtsverpflichtung von 23,5 Stunden kam hier eine Arbeitszeit von 47,8 Stunden heraus, bei einem Realschullehrer mit einer Unterrichtsverpflichtung von 26 Stunden eine reale Arbeitszeit von 45,9 Stunden - und dies alles in einer sehr klausurarmen Zeit.

Es gibt im Übrigen für die gesamte EU eine Arbeitszeitrichtlinie mit einheitlichen Mindestanforderungen. Danach darf eine wöchentliche Arbeitszeit im Durchschnitt von 48 Stunden einschließlich Überstunden nicht überschritten werden. Ich vermute, Ihre Politik bietet hier genügend Anlass zur Klage.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Rot und Grün und Frau Ministerin Heiligenstadt haben innerhalb kürzester Zeit Dinge vollbracht, die niemand für möglich gehalten hätte. Nicht nur, dass Lehrer, Eltern und Schüler gemeinsam demonstrieren, nein, auch die GEW und der Philologenverband gehen Hand in Hand auf die Straße. Wer hätte das erwartet? - Herzlichen Glückwunsch, Frau Ministerin. Was für eine Bildungsoffensive!

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Erstmalig hat sich ein Plenum der Personalräte niedersächsischer Gymnasien versammelt. Hier wurde der Liedtext von Grönemeyer abgewandelt, der ja eigentlich heißt: Gib mir mein Herz zurück. - So heißt es jetzt bei den Lehrkräften: Gib mir mein Kreuz zurück, du verdienst meine Stimme nicht. - Herzlichen Glückwunsch, Frau Ministerin!

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Mit Ihrer sogenannten Zukunftsoffensive versuchen Sie jetzt, den Anschein zu erwecken, die Mehrarbeit der Lehrerinnen und Lehrer sei nur ein kleiner solidarischer Beitrag für mehr Bildungsqualität. Die wirklichen Zahlen sehen aber anders aus. Der Kultushaushalt wird im nächsten Jahr um 203 Millionen Euro erhöht. Das ist erst einmal eine schöne Summe, und die wäre wegen ihrer Größenordnung grundsätzlich auch gar nicht zu kritisieren.

(Ulrich Watermann [SPD]: Hört, hört!)

Wenn man sich diese 203 Millionen Euro, Herr Watermann, dann aber ganz genau anschaut, dann sehen wir, dass die tariflich vereinbarten Besoldungserhöhungen hiervon allein 179 Millionen Euro ausmachen.

Es verbleiben als tatsächlich neue zusätzliche Investitionen in Bildung, die groß-artige Zukunftsoffensive, 24 Millionen Euro bei einem Gesamtetat von 5,2 Milliarden Euro. Das sind 0,4 %. Das ist Ihre Zukunftsoffensive!

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Schauen wir dann noch genauer hin, sehen wir, dass die Mehrarbeit unserer Lehrkräfte und das Aussetzen der Altersermäßigung Einsparungen in Höhe von 35 Millionen Euro in den Haushalt der Ministerin bringen. Die Lehrkräfte liefern demnach mehr Geld in diesen Haushalt, als Sie für Bildung zusätzlich auszugeben bereit sind. Damit wird auch deutlich: Unsere niedersächsischen Lehrkräfte zahlen jetzt für zusätzliche Beamte in Niedersachsen, für zusätzliche Staatssekretäre in der Staatskanzlei und für Sanierungsprogramme von Landesstraßen, aber sie zahlen nicht für eine Zukunftsoffensive Bildung.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Da dies mittlerweile aufgefliegen ist, spricht die Ministerin in ihren Reden immer von zusätzlichen Investitionen in die Bildung in Höhe von 1 Milliarde Euro. Ganz ehrlich: Ich empfinde es als eine Unverfrorenheit, die wir auch heute Morgen von der Ministerin hier am Rednerpult erleben mussten, indem sie dies wieder behauptet und dann gesagt hat, diese 1 Milliarde ist die größte Bildungsoffensive in der Geschichte des Landes Niedersachsen. Nach logischem Menschenverstand würde das, wenn diese Aussage stimmt, ja bedeuten, dass der Kultusetat, der heute eine Höhe von 5 Milliarden Euro hat, am Ende dieser Wahlperiode bei 6 Milliarden steht. Steht er aber nicht. - Genau, Frau Ministerin, ich werde es erklären. - Er bleibt einfach bei 5,25 oder 5,28 Milliarden Euro. Die Ministerin aber rechnet, um auf diese Milliarde zu kommen, einfach alle Haushaltsjahre zusammen, und dann passt die Summe irgendwann schon. Für mich ist das Pippi-Langstrumpf-Politik nach dem Motto: Ich mach mir die Welt, wie sie mir gefällt.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Zur Erinnerung möchte ich nur daran erinnern, dass der Kultusetat bei der Regierungsübernahme im Jahr 2003 eine Gesamthöhe von 3,7 Milliarden Euro hatte. Am Ende der letzten Wahlperiode, also zu Beginn des Jahres 2013, hatte er eine Gesamthöhe von 5 Milliarden Euro. Das ist eine effektive Steigerung um 1,3 Milliarden Euro. Das war die wirkliche Zukunftsoffensive Bildung, die wir umgesetzt haben.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Wenn diese 1,3 Milliarden nicht reichen, kann ich es ja auch einmal so machen wie die Ministerin: Ich rechne einfach einmal aus den Jahren von 2003 bis 2013 alles zusammen, was wir mehr aus-gegeben haben. Hier kommen wir im Ergebnis zu der Summe von 7,6 Milliarden Euro, die CDU und FDP mehr in Bildung investiert haben.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP - Björn Thümler [CDU]: *Das ist Bildungspolitik!*)

Die SPD verliert mit den jetzigen Vorlagen den letzten Anschein einer Bildungspartei. Ich möchte einmal an die Geschichte Niedersachsens erinnern. 1975 strich der damalige SPD-Kultusminister Mahrenholz die Verlagerungsstunden und die Altersermäßigung von Gymnasiallehrern drastisch zusammen.

(Björn Thümler [CDU]: Typisch!)

1994 erhöhte der SPD-Kultusminister Wernstedt die wöchentliche Unterrichtsverpflichtung, obwohl er im Wahlkampf noch das Gegenteil versprochen hatte.

Frau Wernstedt als seine Tochter wird jetzt möglicherweise in die Fußstapfen ihres Vaters hervorragend hineinpassen.

(Björn Thümler [CDU]: Tradition! - Widerspruch bei der SPD)

Vor knapp 15 Jahren führte die damalige Kultusministerin Jürgens-Pieper Arbeitszeitkonten ein. Wir erinnern uns auch an das zur gleichen Zeit mit dem damaligen Ministerpräsidenten Gerhard Schröder geführte unglückselige Interview, dessen Aussagen über unsere Lehrerinnen und Lehrer ich hier nicht wiederholen möchte.

(Björn Thümler [CDU]: Schade!)

Heute aber wird Frau Schröder-Köpf hier an dieser Stelle Verantwortung übernehmen müssen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP - Anja Piel [GRÜNE]: Jetzt reicht's! - Johanne Modder [SPD]: Das geht nicht! - Petra Tiemann [SPD]: Das geht nicht! - Unruhe)

Jetzt sprechen wir über das Haushaltsjahr 2014, und es ist wieder die SPD, die Mehrarbeit für unsere Lehrer fordert. Mit diesem Beschluss wird - - -

(Anhaltende Unruhe)

Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Herr Kollege Seefried, ich möchte jetzt keine unnötige Spannung in die Debatte bringen. Wir waren uns in der Vergangenheit in vergleichbaren Fällen aber darin einig,

(Petra Tiemann [SPD]: Absolut!)

dass Abgeordnete für Entscheidungen von Familienangehörigen, die früher als aktive Politiker hier im Landtag waren, nicht verantwortlich gemacht werden. Das war hier ein ungeschriebenes Gesetz.

Ich bitte Sie - darüber haben wir uns auch schon einmal unterhalten -, das zu unterlassen; denn das sind Dinge, die nicht miteinander verbunden werden dürfen.

Kai Seefried (CDU):

Wir können das ganz unkompliziert machen. Ich möchte mich entschuldigen, wenn das zu Missverständnissen geführt hat.

(Miriam Staudte [GRÜNE]: Was heißt „Missverständnisse“?)

Das möchte ich an dieser Stelle dann auch deutlich machen.

Deutlich machen muss ich aber auch: Dieser Landtag hat eine neue Einstimmigkeit, und es kommt auf jede einzelne Stimme an, wenn wir hier am Freitag unsere Beschlüsse fassen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Wenn Sie diesen Beschlüssen am Freitag mit Ihrer Mehrheit zustimmen, dann wird aus der SPD die Partei der Lehrermehrarbeit, die LMP. Das wird den Menschen und auch den Lehrkräften in Niedersachsen in Erinnerung bleiben.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Ich weiß, dass der Druck auf jeden einzelnen Abgeordneten ganz enorm ist. Trotzdem möchte ich an dieser Stelle noch einmal folgenden Appell deutlich aussprechen:

Wir wissen, dass die Belastungen für unsere Lehrkräfte an allen Schulformen - ich betone: an allen Schulformen - sehr hoch sind.

Deshalb greifen Sie sich jetzt zu einer Unzeit einfach nur eine einzelne Lehrergruppe heraus und sagen: Genau da packen wir jetzt noch etwas mehr darauf.

Wir müssen doch eine ganz andere Debatte führen. Wir zeigen Ihnen mit unseren Haushaltsanträgen den richtigen Weg dafür. Sie müssen am Frei-tag nur darauf zurückkommen und unseren Anträgen zustimmen. Wir haben Ihnen auch die Gegenfinanzierung dargelegt. Es wird am Freitag auf jeden einzelnen von Ihnen ankommen. Wir wollen von jedem einzelnen von Ihnen wissen, wie er dazu steht.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)